



Niederschrift

17-003. Sitzung des Ausschusses des Kreistages Bergstraße für Schule und Soziales

am Donnerstag, 29.09.2011, 17:00 Uhr bis 18:25 Uhr,
im Sitzungssaal "Bergstraße" (Raum 3019) des Landratsamtes in Heppenheim, Graben 15

Tagesordnung

- Punkt 1 Information zum aktuellen Stand der Kooperation der Krankenhäuser im Kreis Bergstraße
- Punkt 2 Verschiedenes, Anfragen und Mitteilungen

Anwesende:

Ausschussvorsitzender:

Reinhardt, Randoald CDU

Ausschussmitglieder:

Dexler, Kerstin	CDU	
Fera, Pia	CDU	
Heitland, Birgit	CDU	
Reinhardt, Randoald	CDU	siehe auch Ausschussvorsitzender in Vertretung für Matthias Baaß
Hapke, Ellen	SPD	
Rothmüller, Josef	SPD	
Schneider, Otto	SPD	in Vertretung für Eberhard Petri
Fraas, Sabine	GRÜNE	
Schäffer, Manfred	GRÜNE	in Vertretung für Evelyn Berg
Öhlenschläger, Walter	FREIE WÄHLER	
Ohl, Gottlieb	FDP	(bis zeitweise TOP 1)

Fraktionsvertreterin mit beratender Stimme (§ 62 Abs. 4 HGO i.V. mit § 33 HKO):

Chaluppa, Barbara DIE LINKE

Fraktionsvorsitzende:

Schneider, Gottfried	CDU	Fraktionsvorsitzender (bis zeitweise TOP 1)
Hechler, Katrin	SPD	Fraktionsvorsitzende

Kreisausschuss:

Wilkes, Matthias	CDU	Landrat (bis zeitweise TOP 1)
Metz, Thomas	CDU	Erster Kreisbeigeordneter
Sander, Brigitte	SPD	Kreisbeigeordnete

Schriftführerin:

Schüßler, Helene Kreistagsbüro und Büro des Kreisausschusses

Ausschussvorsitzender Reinhardt eröffnete um 17:00 Uhr die 17-003. Sitzung des Ausschusses für Schule und Soziales und begrüßte die Erschienenen, insbesondere auch die zahlreichen Zuhörerinnen und Zuhörer.

Er stellte die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Entschuldigt fehlte der Ausschussvertreter der REP-Fraktion mit beratender Stimme, Abgeordneter Peter Bitsch.

Einwendungen gegen Ladung und Tagesordnung wurden nicht erhoben.

Sodann wurde in die Beratung der Tagesordnung eingetreten.

Tagesordnung

Punkt 1: Information zum aktuellen Stand der Kooperation der Krankenhäuser im Kreis Bergstraße

Erster Kreisbeigeordneter Metz informierte über den Sachstand der Gespräche und der in den letzten Wochen begonnenen Verhandlungen bezüglich einer Kooperation von Krankenhäusern im Kreis. Zielsetzung sei ein gemeinsames neues "Rechtsdach", ein abgestimmtes medizinisches Konzept und eine gemeinsame wirtschaftliche Verantwortung.

In Teil 1 seines Berichts erläuterte Erster Kreisbeigeordneter Metz ein Zwischenfazit der Gespräche bezüglich des Luisenkrankenhauses in Lindenfels:

In zwei großen Gesprächsrunden mit Vertretern des Krankenhausträgers Agaplesion und dem Hessischen Sozialministerium sei eine Chance für den Erhalt der stationären Versorgung in Lindenfels gesehen worden, allerdings mit anderem Umfang und Zuschnitt als bisher. Kernüberlegung sei, am Standort Lindenfels auch unter Einbindung der niedergelassenen Ärzte einen stationären "Anker" zu erhalten für die Notfallversorgung und als Aufnahmestation, von der aus die Patienten an andere Krankenhäuser weitergeleitet werden.

In den kommenden Wochen sollen die Zukunftsfähigkeit eines solchen medizinischen Konzepts, der Investitions- und Sanierungsbedarf für das Luisenkrankenhaus - es sei von einem kurz- und mittelfristigen Bedarf in deutlich zweistelliger Millionenhöhe auszugehen - sowie Standortalternativen in Lindenfels wie etwa die Eleonorenklinik beraten und geprüft werden.

Der Kreis sei an einem stationären "Anker" in Lindenfels mit Einbeziehung des Rettungsdienstes interessiert und erwarte von Agaplesion eine Aussage, in welcher Höhe es Investitions- und Sanierungskosten für das Luisenkrankenhaus zu übernehmen bereit sei. Mit dem Sozialministerium gebe es ebenfalls Gespräche bezüglich einer finanziellen Unterstützung.

In Teil 2 seines Berichtes informierte Erster Kreisbeigeordneter Metz über den Sachstand der parallel mit Vertretern der Heilig-Geist-Stiftung Bensheim geführten Gespräche:

Gemeinsame Grundintention sei dabei die Entwicklung eines Konzepts für die Krankenhauslandschaft im Kreis ohne Doppelstrukturen bei den medizinischen Angeboten. Derzeit

gebe es beispielsweise Parallelangebote in den Bereichen Geburtshilfe und chirurgische Orthopädie. Bei einem Gelingen des Konzepts könnten Synergieeffekte mit Einsparungen in Millionenhöhe und eine bessere Qualität bei der stationären Versorgung im Kreis realisiert werden.

Die Schaffung eines gemeinsamen Rechtsdaches für die Krankenhäuser sei bei den Gesprächen ebenfalls thematisiert worden und die Vertreter der Heilig-Geist-Stiftung hätten prinzipiell Bereitschaft hierzu erklärt. Für das gemeinsame Rechtsdach gebe es die Idee einer neuen Stiftung, zu der dann die beteiligten Krankenhausträger Zustiftungen leisteten.

Fraktionsvorsitzende Hechler dankte Erstem Kreisbeigeordneten Metz für den Sachstandsbericht und bat ihn, das Ziel eines abgestimmten medizinischen Konzepts der Krankenhäuser im Kreis unter einem gemeinsamen Rechtsdach energisch weiterzuverfolgen. Der Erhalt des Notfallversorgungsstandorts Lindenfels mit der bisherigen medizinischen Qualität sowie der Einfluss der öffentlichen Träger bei einem Stiftungsmodell müssten dabei gewährleistet sein.

Weiter bat sie ihn, alle Beteiligten an einen Tisch zu bringen für eine gute und zukunftsfähige Lösung der Krankenhauslandschaft im Kreis. Um eine solche umfassende Lösung nicht zu gefährden, müssten ggf. auch Parallelstrukturen in mit besonderen Emotionen verbundenen medizinischen Bereichen wie etwa der Geburtshilfe hingenommen werden.

Abgeordneter Otto Schneider bezeichnete eine gemeinsame Lösung für die Krankenhauslandschaft des Kreises als überfällig, auch wenn damit wohl eine Betten- und Personalreduzierung für das Luisenkrankenhaus verbunden sein werde. Er sah die Beteiligten auf einem guten Weg zu einem gemeinsamen Konzept und appellierte, bezüglich der weiter zu unternehmenden Schritte dem Krankenhausdezernenten zu vertrauen.

Erster Kreisbeigeordneter Metz sah den Konsens in der heutigen Ausschusssitzung als gutes Signal auf dem Weg zu einem gemeinsamen Konzept von Krankenhäusern im Kreis. Für dessen Erarbeitung müsse allerdings neben Schnelligkeit auch Gründlichkeit gegeben sein.

Im Rahmen der Aussprache gab es Fragen der Ausschussmitglieder insbesondere zu folgenden Aspekten, zu denen Erster Kreisbeigeordneter Metz Stellung nahm:

- Auswirkung einer Verringerung der Bettenzahl des Luisenkrankenhauses auf die im Kreis zur Verfügung stehenden Gesamtkapazität an Krankenhausbetten

Außer im Bereich der psychosomatischen Kliniken ist die (Plan-)Bettenzahl kein Planungsinstrument mehr; durch Abbau von Doppelstrukturen bei den medizinischen Angeboten von Krankenhäusern werden Bettenkapazitäten, ggf. auch für neue Angebote, frei.

- Umgang mit den unterschiedlichen Tarifstrukturen und Anforderungen an das Personal der Krankenhäuser, z.B. bezüglich Konfessionszugehörigkeit

Unterschiedliche Strukturen und Anforderungen an das Personal sollen und dürfen erhalten bleiben.

